

167,4 Millionen Franken für staatliche Pensionskasse verschärfen finanzielle Schieflage des Staates

Die fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) setzte sich am Mittwoch, 16. November, das Ziel, die finanzielle Schieflage des Staates zu korrigieren und in Bezug auf das Betriebsergebnis zu einem ausgeglichenen, soliden Staatshaushalt zurückzukehren. In der Finanzplanung 2025–2028 wird aus der betrieblichen Tätigkeit ein kumu-

liertes Defizit von 396 Mio. Franken ausgewiesen. Diese ungute Entwicklung hat das Komitee «167 Millionen Nein» schon lange erkannt und auch öffentlich kommuniziert. Die amtliche Information der Regierung zur Volksabstimmung vom 1. Dezember 2024, die den Abstimmungsunterlagen beigelegt ist, enthält fünf Ziele

des Komitees «167 Millionen Nein». Davon betreffen zwei Ziele den Staatshaushalt. A) Sparsamer Umgang mit Steuergeld, weil die aktuelle Finanzplanung beim Staat steigende Betriebsdefizite in Millionenhöhe voraussagt. B) Verhinderung von Sparpaketen. Die staatliche Pensionskasse hat einen Deckungsgrad von über

100 Prozent und kann alle Verpflichtungen, zum Beispiel Rentenzahlungen, zu mehr als nur 100 Prozent erfüllen. Dazu braucht sie das 167-Millionen-Geschenk nicht. Die Einsparung dieser 167,4 Millionen Franken kommt allen Einwohnern zugute, weil damit mögliche Sparprogramme nicht notwendig sind – oder wenn

doch, dann treffen die Sparpakete die Einwohner Liechtensteins nur abgeschwächt.

Ein Aufruf an alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger: Stimmt am 1. Dezember mit Nein. Die Regierung betont, die staatliche Pensionskasse müsse nicht saniert werden. Ein Nein ist ein effektiver Beitrag, um zu

einem ausgeglichenen und soliden Staatshaushalt zurück zu kehren. Jetzt handeln, das Feld «Nein» ankreuzen, ab in den nächsten Briefkasten, bevor es zu spät ist und Sparmassnahmen uns alle belasten.

**Eine Stellungnahme
von Herbert Elkuch
Komitee «167 Millionen Nein»**